



Sachstand: Die globale Ernährungssituation nach Russlands Ausstieg aus dem Getreide-Schwarzmeerabkommen

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine als einem der Hauptlieferanten von Weizen und anderen Agrarerzeugnissen hat die bis dahin ohnehin angespannte globale Ernährungssituation weiter verschärft. Er hat laut dem VN-Bericht „The State of Food Security and Nutrition in the World“ (SOFI) etwa 23 Millionen Menschen zusätzlich langfristig in den Hunger getrieben. Davon besonders betroffen sind Entwicklungs- und Schwellenländer in Afrika, Asien und Lateinamerika, die sehr stark von ukrainischen und russischen Agrarimporten abhängen. Russland versucht die Situation politisch für sich zu nutzen, indem es das Narrativ erzeugt, die gegen Russland verhängten Sanktionen verursachten die Preisanstiege. Zwar behindern insbesondere Reputationsrisiken, die westliche Firmen scheuen, den praktischen Handel naturgemäß, tatsächlich aber sind Agrargüter von den Sanktionen gegen Russland ausgenommen; zudem hatte Russland z.B. Düngereporte auch gezielt beschränkt.

1. Kurzfristige Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft für mehr Ernährungssicherheit

Mit internationalen Anstrengungen wurden 2022 sehr schnell Maßnahmen zur globalen Versorgung mit Lebensmitteln und Agrarprodukten eingeleitet. Sie haben dazu beigetragen, die Lage auf den Agrarmärkten kurzfristig zu entspannen.

Zu den Maßnahmen gehören:

a. Freihandelsvereinbarung der EU mit der Ukraine

Durch eine Freihandelsvereinbarung mit der Ukraine hat die EU einen zollfreien Zugang von ukrainischem Getreide, Ölsaaten und anderen Agrarprodukten in den EU-Markt ermöglicht und damit den Handel gezielt vereinfacht. Sie ist aktuell bis zum 06.06.2024 befristet.

b. EU-Solidaritätskorridore

Die EU hat zudem den Aufbau von alternativen Frachtrouten durch EU-Gebiet (Bahn, LKW, Binnenschiffe) – sogenannte „Solidaritätskorridore“ („solidarity lanes“) – mit 1 Mrd. Euro unterstützt. Über die Solidaritätskorridore wurden seit Mai 2022 etwa 37,6 Mio. Tonnen Getreide und Ölsaaten exportiert (Stand Ende Mai 2023). Das ist fast die Hälfte des gesamten ukrainischen Agrarexports seit dem russischen Überfall auf die Ukraine.

Infolge unzureichender Logistik und hoher Transportkosten über die Solidaritätskorridore verweilten ukrainische Agrarexporte auf den lokalen EU-Märkten in den fünf Anrainerstaaten (Polen, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Slowakei). Diese mengenmäßigen Überschüsse erzeugten im ersten Quartal 2023 eine Marktsättigung und damit Druck auf die lokalen Erzeugerpreise für Ackerbau-Kulturen in den Anrainerstaaten. Die EU-KOM hat mit Soforthilfemaßnahmen reagiert. Dazu gehören u.a. die finanzielle Unterstützung für Landwirt*innen der Anrainerstaaten in Höhe von 100 Mio. EUR aus der Agrarreserve sowie bis zum 15.09.2023 befristete Schutzklauselmaßnahmen für Weizen, Mais, Raps und Sonnenblumenkerne (diese Produkte stellten mehr als 90 Prozent der EU-Gesamteinfuhren aus der UKR dar). Sie wirken wie Einfuhrstopps in den betroffenen EU-MS. Der Transit soll weiterhin ausdrücklich ermöglicht werden.

c. Schwarzmeer-Getreideabkommen (Black Sea Grain Initiative) zwischen den Vereinten Nationen, Russland, Ukraine und Türkei zur Wiederaufnahme des Getreideexports auf dem Seeweg über das Schwarze Meer

Unter Vermittlung der Vereinten Nationen (VN) und der Türkei haben Russland und die Ukraine am 22.07.2022 in Istanbul ein Abkommen zur sicheren Ausfuhr von Getreide aus den Häfen Odessa, Tschernomorsk und Juschni über das Schwarze Meer unterzeichnet.

Die Getreideexporte wurden in Folge des Schwarzmeer-Getreideabkommens im Vergleich zum Zeitraum vom Kriegsbeginn bis Abschluss des Getreideabkommens mehr als verdoppelt. Sie sind aber immer noch 50 Prozent geringer als zum selben Zeitpunkt 2021. Bis zum 17.07.2023 wurden etwa 32,8 Mio. Tonnen Getreide, Ölsaaten und andere Futtermittel über den Schwarzmeerkorridor exportiert. Davon wurden 51 Prozent Mais, 27 Prozent Weizen, 6 Prozent Sonnenblumenschrot, 5 Prozent Sonnenblumenöl und 11 Prozent andere Agrargüter verschifft. Im Rahmen dieser Exporte wurden über das Welternährungsprogramm der VN (WFP) circa 0,7 Mio. Tonnen Weizen in Länder am Horn von Afrika und nach Afghanistan exportiert. Die Exporte über den Schwarzmeerkorridor wurden von russischer Seite vielfach gestört und erreichten im Mai 2023 mit 1,3 Mio. Tonnen ihren niedrigsten Stand seit Beginn des Schwarzmeer-Getreideabkommens. Nach mehrfacher Verlängerung mit regelmäßiger Unsicherheit beendete Russland einseitig das Abkommen am 18.07.2023, weil es seine Forderungen für den Export seiner Agrarprodukte (v. a. Getreide und Düngemittel über eine ältere Pipeline nach Odessa) als nicht erfüllt einschätzte.

Damit besteht erneut das Risiko von starken Preisausschlägen für Agrarprodukte auf den Weltmärkten. Vom 13. bis zum 19. Juli 2023 stieg der Preis für Weizen von 639,75 US-Cent/Bushel auf 727,25 US-Cent/Bushel (Chicago Board of Trade, CBOT). Allerdings sind wir als Weltgemeinschaft durch die zwischenzeitlich umgesetzten Maßnahmen inzwischen weniger verwundbar als noch ein Jahr zuvor und damit auch weniger erpressbar.

2. Strategische Investitionen in die nachhaltige Transformation von Agrar- und Ernährungssystemen

Nach dem gleichen Prinzip haben wir auch mittel- und langfristig ausgerichtet strategisch investiert. Während der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 haben wir

zusammen mit internationalen Partnern eine Reihe von Initiativen und Programmen auf den Weg gebracht, um die Abhängigkeiten von Lebensmittelimporten, insbesondere der armen Länder, zu reduzieren. Dies wird insbesondere dann erfolgreich sein, wenn die lokale Produktion in den Ländern gestärkt und Agrar- und Ernährungssysteme nachhaltig mittel- und langfristig transformiert werden. Denn wachsende Armut sowie Ungleichheit, die Folgen des Klimawandels, gestörte Lieferketten aufgrund der COVID-19-Pandemie, schwache soziale Sicherungssysteme und bewaffnete Konflikte haben schon vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine für Schocks auf den globalen Getreidemärkten gesorgt und die Zahl der Hungernden seit 2018 wieder ansteigen lassen. Mit im Jahr 2022 weltweit rund 735 Millionen Menschen (gegenüber 739 Millionen im Vorjahr) stagnieren die Hungerzahlen auf hohem Niveau, das weit über der Zahl vor der Corona-Pandemie liegt.

Dem begegnet die Bundesregierung mit multidimensionalen Ansätzen und multilateraler Strukturpolitik. Das BMZ investiert strategisch in die mittel- und langfristige ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltige Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme. Ziel des BMZ sind nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme, die die Welternährung sichern, zu Einkommen und Beschäftigung im ländlichen Raum beitragen und die natürlichen Ressourcen schützen.

Dafür hat das BMZ in den letzten Jahren gezielt ein Netzwerk aus Organisationen und Initiativen gestärkt, die strukturpolitische Themen voranbringen.

Dazu gehören z. B. der Weltbank-Treuhandfonds „**Food Systems 2030**“. Er zielt darauf ab, Fehlanreize in staatlichen Subventionssystemen abzubauen („Repurposing“) und Eigenmittel der Partnerländer für effektive Investitionen in Agrarsysteme zu mobilisieren. So werden etwa in Bangladesch und Ghana Förderprogramme zum Düngemittleinsatz analysiert und Maßnahmen entwickelt, um diese Fördermittel effektiver einzusetzen und die Landwirtschaft nachhaltiger zu entwickeln. In Malawi sollen laufende staatliche Unterstützungsleistungen umgesteuert und gezielt innovative Beratungsmaßnahmen pilotiert werden, die zur Wiederherstellung der Bodengesundheit beitragen.

Mit dem „**Global Agriculture and Food Security Program**“ (GAFSP) finanziert das BMZ Programmansätze internationaler Organisationen in einzelnen Ländern, die die lokale Agrarproduktion verstärken und die Krisenfestigkeit erhöhen sollen. Das Engagement des BMZ als zweitgrößtem Geber des Programms ermöglichte im März 2023 die Auswahl von weiteren Projekten in insgesamt 15 Staaten mit einer Fördersumme von 220 Mio. US-Dollar. Darunter befinden sich Projekte zur Verbesserung der klimaangepassten lokalen Nahrungsmittelproduktion (Sierra Leone), zur Diversifizierung und Stärkung kleinbäuerlicher Produktion entlang der Wertschöpfungskette (Madagaskar) und zur Förderung des Zugangs zu Produktionsmitteln und des integrierten nachhaltigen Bodenfruchtbarkeitsmanagements (Togo). In eigenständigen Förderansätzen des Programms werden zudem gezielt Bauernorganisationen und künftig auch lokale privatwirtschaftliche Akteure als Katalysatoren der Transformation unterstützt.

Wertvolle Grundlagenarbeit zur Unterstützung der Transformationsagenda wird zudem durch die Weltbank-Initiative „**50x2030**“ geleistet. In insgesamt 50

Partnerländern soll bis 2030 die Agrar- und Ernährungsdatenlage substantiell verbessert und die Kapazitäten lokaler Institutionen aufgebaut werden, diese Daten aktiv bei der Formulierung ihrer Maßnahmen und Politiken zu nutzen.

Diese strategischen Investitionen werden flankiert durch das weiterhin hohe deutsche Engagement im **Bündnis für globale Ernährungssicherheit (GAFS)**. Das von Bundesministerin Schulze gemeinsam mit der Weltbank im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 gegründete Bündnis hat sich zwischenzeitlich als internationale Kooperationsplattform etabliert und verlagert seinen Fokus von der Krisenbewältigung zunehmend auf die Unterstützung der Transformationsagenda im Sinne der Krisenprävention.

Der VN-Gipfel zu Ernährungssystemen (UN Food Systems Summit – UN FSS) hatte schon 2021 vor dem Hintergrund steigender Hungerzahlen und der krisenhaften Wechselwirkung von Klimawandel und Verlust von Biodiversität mit den Ernährungssystemen ein Signal zu deren Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und Krisenfestigkeit gesetzt. Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und jetzt das Aussetzen des Getreideabkommens muss allen Nationen die Dringlichkeit noch deutlicher werden. Der UN FSS+2 Stocktaking Moment vom 24. – 26. Juli 2023 in Rom bietet eine herausragende Gelegenheit, dies weiter zu unterstreichen.

3. Netzwerk und Partnerschaften bilden

Bei allem, was wir tun, spielt die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern weltweit eine ganz zentrale Rolle. Neben der Zusammenarbeit mit anderen Gebern und internationalen Organisationen knüpfen wir deshalb unter dem Namen „Partners for Change“ (P4C) ein enges Netzwerk, das über die politischen Partnerregierungen hinausgeht und auch Wissenschaft, Wirtschaft, Bauernverbände und Zivilgesellschaft in unseren Partnerländern umfasst. Auf diese Art spiegeln wir unseren Ansatz ständig mit all denen, auf die es bei der Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme ankommt, werben für unseren Ansatz, diskutieren die Skalierung von Ansätzen und unterstützen die Partner.